

Das jetzige Müllsystem ist für die Tonne

Die von vielen geschätzten, kleinen Ringtonnen gehören der Vergangenheit an. Dies ist fehlenden technischen Lösungen und dem Arbeitsschutz der mags Belegschaft geschuldet. Auch die erneute, komplette Neuanschaffung anderer Tonnen als der jetzt verwendeten ist unrealistisch, würde es doch auf die Müllgebühren umgelegt und somit von der Bürgerschaft bezahlt werden.

Es kann also gerne beim Bier über „hätte, wenn und aber“ Diskutiert werden, genauso können langfristig Visionen über ein ganz anderes System entwickelt werden, aber für die Zeit nach der Kommunalwahl gilt es schnell mit dem Vorhandenen ein besseres System zu entwickeln.

Dabei muss neben der Gebühren Gerechtigkeit vor allem der Umweltschutz im Vordergrund stehen. Statt wie jetzt viele für die Luft in der Tonne bezahlen zu lassen, muss sich Müllvermeidung wieder im Portemonnaie bemerkbar machen. Genauso muss die überzogene Gebührenerhöhung für Anlieferung an den Wertstoffhöfen zurückgenommen werden um nicht weiter Anreize zur illegalen Müllentsorgung zu bieten.

Diesem einfach formulierten Ziel steht aber derzeit ein vor Unzulänglichkeiten strotzendes System gegenüber. Um die unsere „Sofortmaßnahmen“ zu verstehen, hilft es einen Blick auf den Irrsinn zu werfen:

Teil 1 Die Tonnen Zuweisung

Das unsägliche Mindestvolumen mal die Bewohner*innen eines Hauses ergibt das gesamte „Zwangsvolumen“. Dies stellt die mags in von ihr gewählten Tonnengrößen bereit. So ist es zum Beispiel nicht möglich statt einer 240l Tonne lieber zwei 120l Tonnen zu wählen. Dies macht aber bei engen, steilen Kellertreppen durchaus Sinn. Gerade ältere Menschen und Menschen mit Behinderung können deutlich schlechter das 240l Monster stemmen, vielleicht wäre es ihnen sogar lieber und auch ungefährlicher, wenn sie vier mal eine 60l Tonne bewegen. Dem gegenüber steht dann interessanter Weise, dass die großen Wohnblöcke statt ein oder zwei Container lieber zehn und mehr 240l Tonnen hingestellt bekamen, gerade so als ob Menschen einen Boni für die Anzahl verteilter Tonnen bekamen.

Grundsätzlich ist es aber für die mags mehr Arbeit viele kleine Tonnen zu leeren und so wird wo möglich die größte Tonne verteilt. Um aber Mensch und den jeweiligen häuslichen Bedingungen gerecht zu werden, muss als Minimalbedingung die Wahl der Tonnengrößen um das „Zwangsvolumen“ zu erreichen freigestellt sein.

Teil 2 Die (Müll)Zwangsehe

Die mags kassiert pro Haushalt eine Grundgebühr und je Bewoner*in eine Leistungsgebühr (für das Mindestvolumen). Dann werden jedoch alle Haushalte eines Hauses zur „Zwangsehe“ verpflichtet. Dass sich so Menschen eine Tonne teilen müssen, die sich unter Umständen nicht leiden können mag noch zumutbar sein. Dies System hat jedoch zwei weitere folgen. So muss in einem Haus bei jedem Ein- / Auszug das bereitgestellte Tonnenvolumen angepasst werden. So gibt es Häuser in denen schon im ersten $\frac{3}{4}$ Jahr drei mal die Tonnen getauscht wurden. Der daraus resultierende Aufwand steht vermutlich in keiner Relation dazu, dass ohne den Tausch das Haus einfach unbezahlt für ein paar Monate zu viel Volumen gehabt hätte. Gerade weil es sich oft um die Füllstrich Anpassung handelt, die bei der Abholung nur unzureichend kontrolliert wird. Im weiteren wirkt sich durch die „Zwangsehe“ die Reduzierung durch Braune Tonne oder Eigenkompostierung immer auf das ganze Haus aus, selbst wenn es nur eine Wohnung (oft die Erdgeschosswohnung mit Garten) betrifft. Ist das bei der Braunen Tonne noch ein Vorteil für die anderen Parteien, so führt es bei der Eigenkompostierung dazu, dass sie nur genutzt werden kann, wenn die Mindestgröße des Gartens die Bedingungen für das ganze Haus erfüllen. Dies muss so angepasst werden, dass jeder einzelne Haushalt frei über Reduzierungen entscheiden kann.

Teil 3 Luftvolumen

Weiterhin sehen wir auf der Straße überfüllte Tonnen stehen und der wilde Müll in der Stadt hat

nicht abgenommen. Dem gegenüber stehen aber zig Bürger*innen, die ihre Tonne nicht voll bekommen und somit für die Luft bezahlen. Und nicht selten bekommen wir zu hören, dass nun auf die Mülltrennung verzichtet wird und/oder auch mal etwas in der Tonne landet, was früher auf dem Wertstoffhof dem Recycling zugeführt wurde. Zweifelsohne ist das vorgeschriebene Mindestvolumen für die Mehrheit der Menschen zu hoch. Ohne die Tonnenpflicht abzuschaffen, den jede/r hat sich solidarisch am Müllsystem zu beteiligen, muss das Mindestvolumen deutlich gesenkt werden. Besser noch, jeder Haushalt kann das Volumen frei wählen. Damit einher geht dann die Einführung einer 30l Tonne, die in das jetzige System passt (60l Tonne mit Einsatz oder 60l Tonne mit Füllstrich).

Nur dadurch wird weiterhin ein Anreiz zur Müllvermeidung geschaffen und verhindert, dass Umweltbewusste Menschen für Müll-Großproduzenten mit bezahlen.

Teil 4 Sozialer Ausgleich

Haushalte mit Kindern und Pflegebedürftigen haben zwangsläufig ein höheres Müllvolumen durch Windeln und andere Hygiene-Abfälle. Hier kann nicht die Müllvermeidung im Vordergrund stehen, sondern der soziale Ausgleich. Deswegen muss ein Sozialtarif eingeführt werden, selbst wenn dieser aus rechtlichen Gründen als Freiwillige Leistung gilt und durch den städtischen Haushalt ausgeglichen werden muss.

Teil 5 Wertstoffhöfe

Der angebliche Mülltourismus aus dem Umland führte dazu, dass die Abgabe an den Wertstoffhöfen nahezu um das dreifache verteuert wurde. In der Folge ist es noch attraktiver seinen Müll Nachts an Bahnschienen und Containern illegal zu entsorgen. Der bessere Weg wäre die Kontrolle, wer an den Wertstoffhöfen laut Satzung Müll abgeben darf (nur Mönchengladbacher Gebührenerzahlende). Im Gegenzug muss die Gebührenerhöhung zurückgenommen werden.

ZUSAMMENFASSUNG:

Eine fertige, neue Müllsatzung kann aufgrund der rechtlichen Vorgaben nur die mags / GEM erarbeiten. DIE LINKE macht dafür aber klare Vorgaben:

- Bürger*innen müssen die volle Entscheidungsfreiheit bei Müllvolumen, Tonnengröße und Müllehe erhalten. Nur dadurch wird ein Anreiz zur Müllvermeidung und Nutzung von Brauner Tonne / Eigenkompostierung geschaffen.
- Haushalte mit Kindern und Pflegebedürftigen bekommen einen sozialen Ausgleich, da sie aufgrund ihrer Aufgaben der Erziehung und Pflege höhere Müllmengen haben.
- Wer zusätzlichen Müll legal entsorgt, darf nicht über Gebühr zur Kasse gebeten werden. Illegal entsorgter Müll kommt uns deutlich teurer als die Reduzierung der Gebühren an Wertstoffhöfen.
- Mittelfristig soll über noch mehr Gebührengerechtigkeit nachgedacht werden, dies könnte durch Volumen oder Gewichtsabhängige Müllgebühren passieren.